

# St. Galler Initiative gegen Lehrplan 21 lanciert

NINA RUDNICKI

Nach Basel-Land nimmt der Widerstand gegen den Lehrplan 21 und das Harnos-Konkordat auch in St. Gallen deutliche Formen an. Hier lanciert der Verein Starke Volksschule St. Gallen die Initiative «Ja zum Austritt aus Harnos – Nein zum Lehrplan 21». Die Rechtsprüfung beim Kanton ist bereits durch. Jetzt beginnt die Unterschriftensammlung. «Der Lehrplan 21 hält nicht, was die Verantwort-

lichen, also die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz, versprochen haben», sagt Michael Fitz, Präsident der Star-ken Volksschule St. Gallen.

## Zu hohe Kosten

Im Lehrplan 21 sollen die Lernziele für den Unterricht aller Stufen der Volksschule geregelt werden. Kantone, die dem Harnos-Konkordat angehören, sind verpflichtet, den Lehrplan 21 zu übernehmen. Im Kanton St. Gallen stimmten die Bürger 2008 für

den Harnos-Beitritt. Nun wird zunehmend Kritik am Lehrplan 21 laut. Dies etwa, weil der Lehrplan 21 kompetenz- statt zielorientiert sei. Zudem sind zwei Fremdsprachen in der Primar- schulstufe vorgesehen. Weiter wird bemängelt, dass der Lehrplan 21 mit hohen Kosten verbunden sei. Was im Widerspruch zu den Sparprogrammen stehe.

## Opposition anerkennen

Die Initianten in St. Gallen erhoffen sich, dass die Regierung

die wachsende Opposition anerkennt. Und den Lehrplan 21 nicht wie geplant im Jahr 2016 einführt. «Bislang hat die Regierung eine Verschiebung des Lehrplans 21 abgelehnt», sagt Fitz. «Jetzt wäre es aber bildungs- und finanzpolitisch klug, die Volksabstimmung abzuwarten.» Fitz ist sich sicher, dass die erforderlichen 4000 Unterschriften im Kanton St. Gallen innerhalb der nächsten fünf Monate fristgerecht zusammenkommen.

# «Ein verschwenderischer Leerlauf»

Nach den Baselbietern sollen auch die St. Galler darüber abstimmen, ob sie das HarmoS-Konkordat verlassen wollen. Mit der Initiative «Ja zum Austritt aus HarmoS» will der Verein Starke Volksschule die Einführung des Lehrplans 21 verhindern.

NINA RUDNICKI

Der Widerstand gegen den Lehrplan 21 und das HarmoS-Konkordat nimmt immer deutlichere Formen an. Auch in St. Gallen. Hier lanciert der Verein Starke Volksschule St. Gallen gerade die Initiative «Ja zum Austritt aus HarmoS – Nein zum Lehrplan 21». Die Rechtsprüfung beim Kanton sei durch, sagt Vereinspräsident Michael Fitzli. Die Anmeldung bei der Staatskanzlei folge in den nächsten Tagen. Am 4. November soll die Unterschriftensammlung beginnen. Damit folgt St. Gallen dem Beispiel des Kantons Baselland, wo die Initiative für den Austritt aus dem HarmoS-Konkordat in dieser Woche zustande gekommen ist. Im Aargau läuft die Unterschriftensammlung für die Initiative «Nein zum Lehrplan 21». Genau so in Schwyz.

## «Anderes versprochen»

«Jeder Kanton, der aktiv wird, ist eine Bestätigung, dass der Lehrplan 21 nicht das ist, was er sein sollte», sagt Fitzli. Vor allem der Erfolg der Lehrplan-21-Gegner in Baselland bestätigt Fitzli in seinem Vorhaben. «Unser Ziel ist es, mit dem Austritt aus HarmoS zu verhindern, dass der Lehrplan 21 eingeführt wird», sagt er. Denn dieser halte nicht das, was die Verantwortlichen, die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, versprochen haben. Das zeigt sich wohl auch darin, dass ausgerechnet Baselland der erste Kanton ist, wo eine entsprechende Initiative lanciert wurde. Also jener Kanton, der ursprünglich den Anstoss für die Harmonisierung im Bildungsbereich gab.

«Als das Stimmvolk Ja zu HarmoS sagte, glaubte es, dass die Lehrpläne in der Deutschschweiz sinnvoll vereinheitlicht werden», sagt Fitzli. «Dass, falls Eltern mit ihren Kindern in einen anderen Kanton ziehen, dort derselbe Schulstoff behandelt wird.» Doch habe sich immer deutlicher gezeigt, dass es sich beim Lehrplan 21 um «eine teure und verschwenderische Leerlaufreform handle». «Bislang ist nichts erreicht worden. Es gibt noch immer keine einheitlichen Jahrgangsziele.» Und bezüglich der Fremdsprachen in der Pri-



Bild: ky/Christian Beutler

Durch den Lehrplan 21 würde die Klassengemeinschaft aufgelöst und die Unterschiede zwischen den Schülern würden grösser, befürchten Kritiker.

marschule seien sich die Kantone ebenfalls nicht einig, wie die Diskussion über des Frühfranzösisch und -englisch zeige.

«Es ist mehr als nur riskant, einen rechtsverbindlichen Lehrplan auf ein so weitgehend ungeklärtes und unausgereiftes Konzept aufzubauen», sagt Fitzli. Gerade wenn man bedenke, dass mit dem Lehrplan 21 bis zu zehn

Millionen Franken Mehrkosten pro Jahr auf den Kanton zukommen könnten. «Da wäre etwas mehr Zurückhaltung und Vorsicht angebracht.»

## Opposition anerkennen

Fitzli erhofft sich durch die Initiative auch, dass die Regierung die wachsende Opposition anerkennt. Und den Lehrplan 21

nicht wie geplant im Jahr 2016 einführt. «Bislang hat die Regierung eine Verschiebung des Lehrplans 21 abgelehnt», sagt er. «Jetzt wäre es aber bildungs- und finanzpolitisch klug, die Volksabstimmung abzuwarten.»

Denn dass die erforderlichen 4000 Unterschriften im Kanton St. Gallen innerhalb der nächsten fünf Monate zusammen-

kommen werden, ist sich Fitzli sicher. «Unser Verein hat mittlerweile viele Mitglieder und Sympathisanten. Allein das bringt uns viele Unterschriften ein», sagt er. Zudem seien Standaktionen geplant.

«Wir sind nicht per se gegen einen einheitlichen Lehrplan», sagt Fitzli. Aber dieser sollte einen Mehrwert schaffen. «Und nicht auf 500 Seiten rund 4000 «Kompetenzen» umschreiben, die ein junger Mensch in der Schule abarbeiten muss.»

## Harmonisieren Dieselben Lernziele in allen Kantonen

Das HarmoS-Konkordat ist die Grundlage für den neuen Lehrplan 21. HarmoS fordert, die Lehrpläne der Kantone zu harmonisieren. Im Lehrplan 21 sollen die Lernziele für den Unterricht aller Stufen der Volksschule geregelt werden. Kantone, die dem HarmoS-Konkordat angehören, sind verpflichtet, den Lehrplan 21 zu übernehmen. Im Kanton St. Gallen stimmten die Bürger 2008 wie

in den meisten Kantonen für den HarmoS-Beitritt. Einen Beitritt abgelehnt haben allerdings die Kantone Thurgau, Graubünden, Luzern und Appenzell Ausserrrhoden. Die Gegner des Lehrplans 21 setzen sich aus Politikern verschiedener Parteien, aus Eltern, Lehrern, Lehrmeistern und Schülerräten zusammen. Der Lehrplan 21 ist der erste gemeinsame Lehrplan für die Volksschule. Mit ihm setzen die

21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone den Artikel 62 der Bundesverfassung um, die Ziele der Schule zu harmonisieren. Die Verantwortlichen, die Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, werden ihn voraussichtlich Ende 2014 freigeben. Dann entscheidet jeder Kanton gemäss den eigenen Rechtsgrundlagen über dessen Einführung. (nar)



Bild: pd

**Michael Fitzli**  
Präsident des Vereins  
Starke Volksschule St. Gallen